

Bürgerinitiativen starten Aufruf für die Bürgerschaftswahlen am 13. Mai

## Schlechtes Zeugnis für Große Koalition

Von unserem Mitarbeiter  
Matthias Koch

**BREMEN. Schon vor der vergangenen Bürgerschaftswahl haben sich mehrere Bremer Bürgerinitiativen (BI) unter dem gemeinsamen Titel „Bremer Forum für Wohn- und Lebensqualität“ zusammengeslossen. In einem gemeinsamen Wahlaufufruf melden sie sich nun zu Wort – und zwar mit reichlich Kritik an der seit zwölf Jahren regierenden großen Koalition.**

„Schauen sie sich nur die Flächenpolitik dieser Regierung an: Da werden etwa in der Hemelinger Marsch auf Kredit Gewerbeflächen erschlossen für die es aktuell keinen Bedarf gibt, während sich der Schuldenberg der Hansestadt immer weiter auftürmt“, meint beispielsweise Gisela Lohße-Trommsdorff von der BI „Rettet die Wesermarsch“, die sich ebenfalls an dem Wahlaufufruf beteiligt.

Auch die übrigen Protagonisten des Zusammenschlusses äußern deutliche Kritik an der bisherigen Regierungsarbeit: Sowohl der Finanz- Bildungs- Verkehrs- und Kulturpolitik als auch der Arbeitsmarkt- und Um-



Nicht nur in der Hemelinger Marsch habe die große Koalition „Sandwüsten“ hinterlassen, meinen die Bürgerinitiativen. Foto: M. Koch

weltpolitik erteilt das Forum schlechte Noten. „Angesichts von 15 Milliarden Euro Schulden, dem unnötigen Ausbau von Straßen, oder der roten Laterne bei den Pisa Tests müssen wir leider zahlreiche Sechsen verteilen. Die große Koalition hat ihr zwölfjähriges Abitur nicht bestanden“, meinen die Mitglieder

des Bremer Forums für Wohn- und Lebensqualität.

Als „Verhinderer“ will das Bündnis der Bürgerinitiativen dabei nicht auftreten: „Im Gegenteil“, meint beispielsweise Günther Knebel von der BI „Keine Stadtautobahn durch Bremen“: Wenn etwa „unsinnige“ Projekte wie der Ausbau der Schwachhauser Heerstraße verhindert werden könnten, würde Geld für an anderer Stelle dringend nötige Straßenreparaturen frei. Darüber hinaus setzt sich das Forum beispielsweise für eine innovative Energiepolitik ein: Statt neue Kohlekraftwerke zu planen, solle Bremen auf die Förderung alternativer Energien setzen, lautet eine der Forderungen. Auch für die Beiräte macht sich das Bündnis stark: Ihnen sollen auch finanziell mehr Rechte zugestimmt werden – etwa durch die Einführung von Stadtteiletats.

Die Zielrichtung der Bürgerinitiativen ist dabei überdeutlich: „Wir hoffen, dass möglichst viele Menschen am 13. Mai wählen gehen und mit ihrer Stimme gleichzeitig den Einzug der Rechtsradikalen und die Fortsetzung der großen Koalition verhindern“, meint Lohße-Trommsdorff.